

Wortprotokoll

über die

23. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 26. April 2018

(16.00 Uhr bis 22.05 Uhr)

Verteiler:

- a) CDU, SPD, GRÜNE, AfD, LINKE., FDP, BFF, FRAKTION, FRANKFURTER und ÖkoLinX-ARL
- b) Büro der Stadtverordnetenversammlung (3x)

Das Büro der Stadtverordnetenversammlung erstellt gemäß § 50 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung über jede Plenarsitzung auf der Grundlage von digitalen Aufzeichnungen das Wortprotokoll. Entsprechend § 50 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist das Büro beauftragt, die einzelnen Reden zu redigieren. Vor Veröffentlichung des Wortprotokolls besteht Gelegenheit zur Prüfung und Berichtigung der Wortbeiträge, wobei der Sinn der Rede oder ihrer einzelnen Teile nicht geändert werden kann. Die Freigabe von Redebeiträgen beziehungsweise -auszügen vor der Gesamtveröffentlichung des Wortprotokolls ist gemäß § 50 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung nicht möglich.

1. Feststellung der Tagesordnung.....	3
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers	3
3. Feststellung und Einführung eines Listennachfolgers gemäß §§ 33 und 34 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (GOS)	4
4. 21. Fragestunde.....	4
Frage Nr. 1166.....	4
Stadtverordnete Erika Pfreunds Schuh, CDU:	4
Stadtrat Klaus Oesterling:	5
Frage Nr. 1167.....	7
Stadtverordneter Abdenassar Gannoukh, SPD:	7
Stadtrat Stefan Majer:	7
Frage Nr. 1168.....	9
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	9
Stadträtin Sylvia Weber:.....	10
Frage Nr. 1169.....	13
Stadtverordneter Oliver Wurtz, AfD:	13
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	14
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	17
Frage Nr. 1170.....	10
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	10
Stadträtin Sylvia Weber:.....	10
Frage Nr. 1171.....	13
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	14
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	14
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	17
Frage Nr. 1172.....	21
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	21
Stadtrat Jan Schneider:.....	21
Frage Nr. 1173.....	23
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	23
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	23
Frage Nr. 1174.....	24
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER:	24
Stadtrat Markus Frank:.....	25
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	27

Frage Nr. 1182.....	14
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	14
Oberbürgermeister Peter Feldmann:.....	14
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker:	17
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1170	28
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	28
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	29
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	30
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD:.....	31
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:	32
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1171	33
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:.....	33
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	33
Stadtverordneter Herbert Förster, FRAKTION:.....	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1172	35
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	35
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	36
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD:	36
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU:	37
Stadtverordnete Elke Tafel-Stein, FDP:.....	38
Stadtrat Jan Schneider:.....	39
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1173	40
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	40
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	41
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU:	42
Stadtverordneter Nico Wehmann, FRAKTION:.....	42
5. Verabschiedung der Tagesordnung II	43
6. Beschlussfassung über Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters vom 25.02.2018 und der Stichwahl vom 11.03.2018 gemäß §§ 49 und 50 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618), in Verbindung mit § 74 der Kommunalwahlordnung (KWO) vom 26.03.2000 (GVBl. I S. 198), zuletzt geändert durch Verordnung vom 03.07.2017 (GVBl. I S. 266)	43
7.1 Entwurf Haushalt 2018 mit Finanzplanung und eingearbeitetem Investitionsprogramm 2018 - 2021	44
7.2 Stellenplan 2018	44

7.3 Aussprache und Schlussabstimmung.....	44
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	45
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	48
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	51
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	54
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	59
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	62
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF:	66
Stadtverordneter Luigi Brillante, FRANKFURTER:	70
Stadtrat Klaus Oesterling:	74
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	74
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	76
Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:	77
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER:	80
Stadtrat Stefan Majer:	81
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	82
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	84
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:	85
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	86

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde beendet. Ich überweise die nicht aufgerufenen Fragen Nr. 1175 bis Nr. 1234 an den Magistrat zur schriftlichen Erledigung und bitte um Übergabe der Antworten an die Fragesteller und das Büro der Stadtverordnetenversammlung.

Meine Damen und Herren, es wurden bisher vier Aktuelle Stunden angemeldet, und zwar zu den Fragen Nr. 1170 von ÖkoLinX-ARL, der LINKEN und der GRÜNEN, Nr. 1171 von der FDP zum Büro in Berlin; ich stelle gerade fest, wir haben zwei Anmeldungen für die Aktuelle Stunde von der FDP.

(Zurufe)

Also, die Frage Nr. 1172 zur Paulskirche ist dann von der BFF angemeldet und die Frage Nr. 1773 zu den RPJ-Mitteln von der FRAKTION. Gibt es weitere Anmeldungen zur Aktuellen Stunde? (Geschieht) Das ist nicht der Fall. Die Gesamtzeit der Aktuellen Stunde beträgt gemäß § 20 Absatz 2 der Geschäftsordnung 60 Minuten. Das heißt, bei vier Aktuellen Stunden beträgt die Dauer je Aktueller Stunde 15 Minuten. Der einzelne Redner darf nicht länger als drei Minuten sprechen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Zwischenfragen wegen der Kürze der Redezeit nicht zulässig sind. Ich darf Sie auch bitten, mit Zwischenrufen zurückhaltend zu sein.

Die erste Wortmeldung ist von Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ARL. Sie haben das Wort, bitte schön!

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1170

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Es geht um die IGS und um die Schulkantine dort und um den verdammt Sodexo-Vertrag. Wenige Tage vor Ostern hat die Schule erfahren, dass ihr Essen umgestellt

werden soll. Die Reaktion des Dezernates, der Dezernentin war so, dass man raushören konnte, verdammt, wie haben die das kurz vor Ostern noch hinbekommen, so viel Protest zu organisieren, damit haben wir nicht gerechnet.

Die Schule macht jetzt einen Wandertag am 30.04. zu Sodexo und die Schüler werden das tun, was die Dezernentin tun sollte, nämlich bei Sodexo selbst protestieren und gewissermaßen Verhandlungen über besseres Essen führen.

Hier ist vom Kollegen Ochs gesagt worden, das sei eine Klassenfrage. Ich finde, Bernhard, wenn man findet, dass in einem Stadtteil besonders selbstbewusste Kinder, besonders selbstbewusste Eltern sind, die sich für besseres Essen einsetzen, die Konsequenz nicht ist, dass die schlechteres Essen haben müssen, weil es an anderen Schulen auch so ist, sondern genau umgekehrt, dass alle Schulen die Möglichkeit auf besseres Essen haben müssen.

(Beifall)

Außerdem handelt es sich inzwischen nicht mehr nur um die IGS Nordend mit der Cantina Buen Barrio, sondern auch um die Theobald-Ziegler-Schule, die erfahren hat, dass sie Sodexo-Fraß essen muss, um die Friedrich-Ebert-Schule, dort hat die Schulleiterin sehr deutlich gesagt, dass sie schon Sodexo-Erfahrungen haben mit dem in Tschechien gekochten Zeug oder auch mit warmem Essen, was dann noch schlecht war. Überrascht ist wohl auch die Liesel-Oestreicher-Schule in Preungesheim, die auch mehr oder weniger sagt, nie wieder Sodexo. Es heißt, es gibt massenhafte Erfahrungen von Kindern, Eltern und Lehrern, und trotzdem wird das durchgezogen.

Wir haben eine Rede gehört von der Schuldezernentin, die mich maßlos enttäuscht hat, weil ich nicht wusste, dass sie so bürokratisch ist. Was da durchkam, war sozialdemokratischer Paternalismus.

(Zurufe)

Die Fraktion hat brav geklatscht und alles Argument war nur rechtlich und Vertrag. Keine Fantasie, wie man mit solchen Situationen

umgeht, nein, die nächsten Schulen werden auch überrascht. Wir müssten froh sein, dass Kinder sagen, sie wollen gut essen, dass sie Wert darauf legen, an der Entscheidung beteiligt zu sein. Das ist doch das Ziel von fortschrittlicher Pädagogik, dass Kinder lernen, mitzubestimmen,

(Beifall)

dass ihr Geschmack berücksichtigt wird, ihre Vor- und Abneigungen, ihre Allergien. Darüber sollten sich alle fortschrittlichen Leute freuen, und die SPD hat einmal behauptet, in dieser Frage fortschrittlich zu sein. Shame on you! Was hier war, war Fantasielosigkeit. ÖkoLinX-ARL hat im Ortsbeirat gefordert, das ist mehrheitlich als Antrag durchgekommen, dass die IGS autonom über ihre Angelegenheiten, etwa beim Essen, entscheiden kann. Es gäbe Möglichkeiten bei den Vergabekriterien. Jetzt wird gesagt, da könne man doch etwas nachsteuern für künftige Verträge, Bio und lecker soll es sein. Mitbestimmung der Schüler, Ökobilanz, pädagogisches Konzept - warum nicht früher, warum jetzt im Nachhinein?

Was wir fordern, ist der Ausstieg aus diesem Vertrag, auf diesen Vertrag zu verzichten, notfalls Schadensersatz in Kauf zu nehmen, eine Dezernentin sollte verhandeln. Sodexo kann man selbstverständlich, wenn man etwas anders auftritt, unter Druck setzen, nämlich damit: „Ihr bekommt, wenn ihr auf diesen Vertrag besteht, einen solchen Imageschaden, dass ihr künftig an anderen Schulen und in anderen Städten Probleme haben werdet, so viele Abnehmer zu finden, wie ihr es erhofft.“ Was ist daran denn so schwer?

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Pauli von der LINKEN. Bitte!

Nur langsam. Gemessen daran, was hier manchmal inhaltlich erzählt wird, haben wir gerne Zeit, auf Sie zu warten.

(Beifall)

Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:

Danke schön, Herr Stadtverordnetenvorsteher!

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!

Jutta Ditfurth hat das meiste jetzt schon gesagt, was auch ich erwähnen wollte. Ich möchte ein paar Punkte ergänzen.

Das ist jetzt ein schönes Beispiel dafür, dass eine Stadt, die sich ihrer kommunalen Handlungsspielräume begibt, dann in solche Fällen beziehungsweise Zwickmühlen gerät. Deshalb haben wir den Etatantrag gestellt. Schulautonomes Kochen finde ich gut. Es muss zentral gesteuert werden, und es wäre angesagt, dass die Stadt Frankfurt die Stadtküche wieder revitalisiert, damit sie als zentrales Steuerungselement das autonome Kochen an den Schulen vor Ort mitregelt, organisiert und unterstützt.

(Beifall)

Frau Dezernentin, falls Sie noch einmal in die Bütt gehen möchten, habe ich noch eine Frage. Eine Schule, ich glaube, es war die Theobald-Ziegler-Schule, hatte in einem Telefonat oder einem Gespräch mit jemandem aus Ihrem Dezernat die Auskunft bekommen, dass zu 90 Prozent ihr Caterer erhalten bliebe. Sie sind auch Sodexo ausgeliefert worden. Vielleicht könnten Sie bei Gelegenheit noch einmal erklären, ob es stimmt oder ein Missverständnis ist oder wie es zustande gekommen ist.

Im Übrigen haben Sie jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet. Das finde ich gut, um nach vorne zu schauen. Ich hoffe, dass in der Arbeitsgruppe auch darüber diskutiert wird, wie man die Schulgemeinden wirklich mit einbeziehen kann. Die Rüge kann ich Ihnen nicht ersparen. Einfach nur einen Fragebogen an die Schulen schicken und zu hoffen, dass dies dann ausreicht, das funktioniert nicht. Da können Sie bestimmt nachbessern.

Stellvertretender**Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Die nächste Wortmeldung wäre von Herrn Zieran, aber im Moment hat sich Herr Stadtrat Oesterling gemeldet. Nach Herrn Zieran käme die zweite Runde mit Herrn Stock, Herrn Müller, Herrn Dr. Römer und Herrn zu Löwenstein. Damit Sie schon einmal Bescheid wissen, wer dann hier reden kann. Bitte schön, Herr Stadtrat!

Stadtrat Klaus Oesterling:

Ich bitte um Nachsicht.

Ich habe mich nur ganz kurz gemeldet, um ein Detail richtigzustellen, das der Kollege Brillante hier verwandt hat. Wenn man so etwas nicht gleich richtigstellt, dann frisst es sich durch. Der Kollege Brillante hat hier, unter Berufung auf einen schlecht recherchierten Artikel in der FAZ, behauptet, die Rekonstruktion der Altstadt wäre eine Idee von irgendwelchen Faschos, auf die die demokratischen Parteien dann reingefallen sind. Da ich bei diesen Entscheidungen beteiligt war, in unterschiedlicher Position, möchte ich hier eines klarstellen: Die Idee zur Rekonstruktion der Altstadt stammt von dem Bauingenieur Dominik Mangermann, und der war und ist Stadtverordneter der CDU in Offenbach und hat mit der NPD oder so etwas überhaupt nichts zu tun. Ich wäre dir dankbar, wenn du diese Fakten in Zukunft berücksichtigen würdest.

Schönen Dank!

(Beifall)

Stellvertretender**Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Nun bitte Herr Zieran für ÖkoLinX-ARL!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Guten Abend!

Vorweg eine Richtigstellung zu Herrn Oesterling. Wesentlich vorangetrieben hat die Rekonstruktion der Altstadt die BFF. Sie hat damals auch eine Bürgerinitiative mit initiiert. Das sollte man nicht vergessen, dass die sogenannten demokratischen Parteien der BFF hinterhergerannt sind. Das ist ein richtiger und wichtiger Fakt.

Worum geht es aber heute? Es geht hier um eine Spardebatte, die keine Spardebatte ist, weil sie lediglich zwei Fakten zudeckt. Für die einen wird hier mit Einsparungen eine Hassdebatte dekliniert, in Wirklichkeit geht es aber um Antifeminismus und Rassismus.

(Zurufe)

Es geht um Flüchtlingsfeindlichkeit und um Krankenfeindlichkeit. Genau das drückt sich in Ihren Anträgen aus. Das ist die eine Dimension. Da muss man nicht mehr so viel dazu sagen. Ich glaube, das, was die BFF ... Ach so, eines noch, die BFF meint, das Bashing von linken Gruppierungen sei gut und will alle linken und subkulturellen Zentren in Frankfurt schleifen. Das hatten wir alles schon. Was wir aber noch nicht hatten oder was immer wieder hier auf dem Tisch liegt, ist, dass nicht darüber geredet wird, was in dieser Stadt stattfindet. Eine Wiederholung im Kleinen dessen, was wir im Großen haben, eine Umverteilung im riesigen Ausmaß, von unten nach oben.

(Beifall)

Es gibt keinen Sparzwang, wenn man ihn sich nicht schafft. Er wird hier von den Dreien, vielleicht auch nur von einem, vielleicht auch von allen, dadurch geschaffen, dass die Gewerbesteuer nicht erhöht wird. Ich meine, der Antrag der LINKEN., den Gewerbesteuerersatz von 460 auf 490 zu erhöhen, ist zwar ganz schön, aber in Wirklichkeit wissen wir doch alle, dass Rot-Grün bundesweit 1998 die Besteuerung des Kapitals zerschlagen hat. Sie hat sie gesenkt bis nahezu null, wesentliche Einnahmequellen des Staates, der Kommunen, sind durch diese Politik verloren gegangen, und das möchte man nicht än-

dern. Wenn wir eine Besteuerung der Konzerne auf dem Niveau von 1998 haben wollten, dann müssten wir einen Hebesatz haben, der weit über 600 liegt.

(Zurufe)

Dann kommt die FDP - die FDP, die gerade wunderbar schreit - immer mit der Debatte Kapitalflucht. Das Kapital flieht nicht aus dem Zentrum dessen, wo sie investiert. So viel Kenntnis sollte man haben. Wenn ich die Gewerbesteuer in Bodenstadt oder Neustadt erhöhe, dann mögen Sie recht haben, aber nicht in Frankfurt am Main. Die Debatte haben wir auch schon geführt. Ihr müsst euch einmal entscheiden. Entweder gibt es eine Kapitalflucht oder wir kriegen hier einen Strom nach Frankfurt wegen des Brexits.

Worum geht es also? Wir haben einen Haushalt in Frankfurt, der das Kapital, die Konzerne schont, die tragen nichts zur Finanzierung dieser Stadtgesellschaft zusätzlich bei. Das ist stabil seit 1998, es gibt keinerlei Erhöhungen, ständige Senkungen des Hebesatzes. Das ist die Realität. Es geht also nicht um Einsparung und den Zwang dazu, es geht darum, dass eine Seite den Profit dieser Gesellschaft an sich zieht, den andere erwirtschaftet haben. Der Profit wird nicht weitergegeben an alle Frankfurter, sondern zunehmend von einer Seite einbehalten und dann heißt es, wir müssen sparen.

Dann heißt es von rechts, dann heißt es von der SPD, dann heißt es von der CDU und auch von den GRÜNEN, wir müssen jetzt einmal im Sozialen sparen. Wenn man sich den Haushalt genauer anguckt, dann ist es schon grundsätzlich kein sozialer. Hier gibt es in einem Etatantrag von CDU, SPD und GRÜNE eine schöne Formulierung, da wird behauptet: „Vor dem Hintergrund des Wachstums der Stadt müssen die notwendigen Weichenstellungen vollzogen werden, um Frankfurt am Main dauerhaft als soziale, wirtschaftlich starke und ökologisch vorbildliche Stadt fit für eine gesunde Zukunft aufstellen zu können.“ Ein wunderschöner Satz, das könnte ein Werbefachmann geschrieben haben, weil bestimmte Worte drin sind, um bestimmte Reflexe abzurufen, die aber völlig an der Realität vorbeigehen, die eine Realitätsverweigerung sind.

Für diejenigen, die Geld nötig haben, für diejenigen, die Stellen in der Verwaltung nötig haben, wird nichts geschaffen. Wir brauchen mehr Stellen im sozialen Bereich, unter anderem, damit die Integration, damit die Flüchtlingsarbeit weiter vorangetrieben wird. Wir brauchen mehr Geld für die Obdachlosenhilfe, um die Obdachlosigkeit in Frankfurt endlich zu beseitigen.

(Beifall)

Das sind wenige Millionen. Es wird nichts für die Ärmsten in dieser Stadt gegeben, für die, die ganz unten sind, aber ihr diskutiert darüber, eine Kopie von einem Brunnen zu machen und den in die Altstadt zu setzen. Was interessiert mich so ein Brunnen, den es einmal vor Hunderten von Jahren gegeben hat, den gucke ich mir auf Bildern an und ich mag ihn schön finden, ich bin ja auch kunstinteressiert, aber dafür Geld auszugeben und dann den Ärmsten in der Stadt das Geld nicht zu geben, das ist nicht nur gemein, das ist fies, das ist unterstes Niveau der demokratischen und der rechten Parteien in diesem Parlament und wir zählen uns in diesem Fall nicht zu dieser Sorte von demokratischen Parteien dazu.

Dieser sogenannte Sparzwang setzt eine riesige Umverteilung voraus und mündet in allem, was kaputt gemacht worden ist, weil man nichts in die Infrastruktur investiert hat, weil man dies nicht für Wert hielt. Man rechtfertigt das damit, dass kein Geld da ist, man nimmt es nicht von denen, die eine bestimmte Infrastruktur benötigen, die Gewerbesteuer wird also nicht erhöht. Was machen wir also? Wir sagen, es geht alles nicht so schnell, wir müssen Stück für Stück an die Infrastruktur ran, es verrottet weiter, es wird weiter alles teurer.

Es werden so wunderschöne Sachen gesagt, zum Beispiel wird von einer gesunden Stadt gesprochen. Allein das Wort gesund. Wenn ich mir angucke, was für Defizite wir beim ÖPNV haben, wie viele Pendler gezwungen werden, weiterhin mit dem Auto nach Frankfurt zu kommen, das sind Hunderttausende, wodurch die Luft durch Giftstoffe hier in Frankfurt verseucht wird. Das heißt, die Politik von Grün, Rot und Schwarz führt zu Krankheiten in dieser Stadt, weil ich das Geld nicht für die Maßnahmen umschichte, die es

erlauben, gesund in dieser Stadt zu leben. Das ist nur ein Punkt, aber das genaue Gegenteil von dem, was in diesen wunderschön formulierten Werbetexten dieser Koalition drinsteht. Lug und Trug spiegelt sich in diesen Texten wider und es wird nur mühsam zugedeckt, dass manche Ziele auch gar nicht erreicht werden wollen. Es geht bei dieser Regierungskoalition nicht um die Lösung von Problemen, sondern immer nur um Minderung.

Wohnen zum Beispiel. Es ist eine Bankrotterklärung, was zum Thema Wohnen in diesem Haushalt steht und auch die Summen, die da drinstehen. Wenn ich diese Politik des Verkaufs von Grundstücken weiter mache, wenn ich Geld nicht in den ersten Förderweg bei Wohnungsbau reinstecke, wenn ich das Vorkaufsrecht für die zentralen Grundstücke in der City nicht in Anspruch nehme, wenn ich also zu 80 Prozent die alte Politik weiterfahre, dann nützen mir diese 15 Prozent erster Förderweg überhaupt nichts. Das ist lächerlich.

(Beifall)

Was hier gemacht wird, deckt nur zu, das weiß jeder in Frankfurt. Diese Koalition will nichts für diejenigen tun, die arm in dieser Stadt sind und das sind, soweit das den Wohnungsbau angeht, über oder um die 50 Prozent Sozialwohnungsberechtigte. Was wird für diese Menschen getan? Wenn man die in den nächsten zehn Jahren wirklich bedienen wollte, dann müsste man über eine Milliarde Euro freischaufeln für den Bau von Wohnungen und für das Vorkaufsrecht.

(Beifall)

Das aber interessiert hier niemanden. Da kauen die GRÜNEN lieber Gummibärchen und grinsen herum, weil sie das gar nicht interessiert, das ist nicht ihre Klientel. Sie machen Politik nur für diejenigen, die sowieso schon Kohle in dieser Stadt haben.

Wenn man das alles so betrachtet, dann fühlt man sich an Zustände erinnert, wo es in dieser Republik offene Klassenauseinandersetzungen gab. Der Unterschied zu der Situation damals ist, dass die eine Seite es sehr geschickt mit schönen Vokabeln zugedeckt und hofft, dass der soziale Frieden erhalten bleibt. Das heißt, dass die, die arm sind, die nichts

kriegen, sich das merken werden, auch wenn sie nicht für ihre Rechte auf die Barrikaden gehen, denn sie zahlen alle ihre Steuern, im Gegensatz zum Kapital. Die Kapitalseite wird immer mehr entlastet.

Solange wir dieses Grundproblem nicht angehen, nämlich die Finanzierung des Gemeinwohls durch die, die sich den Gewinn, die sich den Profit aneignen, sondern weiter sagen, die, die sowieso wenig haben, müssen im Verhältnis die meisten Steuern zahlen, verändert sich in dieser Stadt für die Mehrheit der Bevölkerung nichts zum Guten. Es bleibt bei dem Schlechten.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als Nächster hat Herr Stadtverordneter Stock von den GRÜNEN das Wort, danach Herr Müller von den LINKEN., und dann Herr Dr. Römer. Bitte!

Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:

Lieber Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren!

Vielleicht zu Beginn etwas zu ÖkoLinX-ARL. Man kann Beschreibungen auf Metaebenen liefern, das ist in Ordnung. Man kann auch sehr allgemein darüber reden, wir können auch gerne lange über die Finanzierung des Gemeinwohls reden, vielleicht kommen wir an der einen oder anderen Stelle auch zusammen. Es reicht aber nicht, immer nur über die Metaebene zu reden. Es liegt von ÖkoLinX-ARL kein einziger Etat Antrag vor. Dann kann man aber auch nicht verlangen, dass man Ihnen zuhört, lieber Herr Zieran. So geht es nicht, so einfach kann man es sich an der Stelle nicht machen.

(Beifall, Zurufe)

Einfach noch einmal melden, dann können wir vielleicht Argumente austauschen.

Wir können zu jedem Zeitpunkt als Parlament mit einer Mehrheitsentscheidung das, was wir zum Haushalt beschlossen haben, durch einen Nachtragshaushalt oder durch andere Beschlüsse modifizieren. Tun wir auch an jeder Ecke.

Diese Ziffer ist eine Klarstellung, die uns wichtig war, weil sie das besagt, was ich vorhin schon gesagt habe. Weder die SPD, noch die GRÜNEN, noch die CDU haben diese Beschlüsse gerne gefasst. Wir wissen, dass sie wehtun werden. Wir wissen, dass sie in der Durchführung schwierig sein werden. Wir wollten damit klarstellen, dass wir damit nicht etwas machen, dass wir diese Nichterhöhungen nicht deswegen machen, weil wir die Haushaltspositionen nicht für sinnvoll angesehen haben. Sondern wir haben es deswegen gemacht, weil es einfach von der Haushaltssituation diktiert wird und wenn es von der Haushaltssituation nicht mehr diktiert wird, dann kann man etwas anderes beschließen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Vielen Menschen wird es wahrscheinlich nicht klar sein.

(Beifall)

Deswegen haben wir es hier ausdrücklich gesagt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Ulrich Baier:**

Als Nächster bitte Herr Zieran für ÖkoLinX-ARL!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Etwas mehr Sozialismus täte euch gut. Das nur nebenbei.

(Zurufe)

Das, was hier der Personaldezernent der GRÜNEN ausgeführt hat, ist genau die Bestätigung dessen, was ich meine.

Dass die Einkommensschere immer größer wird und dass die Arbeitgeber, in diesem Fall die Kommunen, es verhindert haben, dass es einen Ausgleich für diejenigen gibt, die mit dem Einkommen unten sind. 200 Euro sollte der Mindestbetrag sein. Stattdessen ist auf Druck der Arbeitgeberseite durchgesetzt worden, dass es nach oben eine Öffnung gibt, damit man qualifiziertes Personal bekommt. Das wurde groß gefeiert. In Wirklichkeit ist das wieder einmal eine Niederlage, eine Niederlage für die Arbeitnehmerseite. Für die Lohnabhängigen, die, wenn man das Ergebnis auseinanderlegt, über diesen Zeitraum von drei Jahren 331 Euro erhalten, jetzt grob, ich habe es nicht mehr ganz genau im Kopf, mehr bleibt nicht übrig. Dass dies wahrscheinlich im ersten Jahr knapp über der Preissteigerung liegt, die es an allen möglichen Ecken und Kanten gibt, und nachher wird es voll aufgefressen.

Wieder einmal ist verhindert worden, dass Gewinne von Konzernseite für das Allgemeinwohl abgeschöpft werden. Stattdessen sind auch die kommunalen Arbeitgeber dafür, dass es weiter Subventionen in Milliardenhöhe für die Konzerne gibt. Diese liegen im Augenblick bei weit über 30 Milliarden Euro jährlich ohne die Sachen, die aus Hartz IV resultieren. Das ist noch dazu zu rechnen.

Das heißt, die Logik bleibt. Man nimmt unten weg und haut oben mehr rein.

(Zurufe)

Das ist die Logik der GRÜNEN in Frankfurt.

(Zurufe)

Ja, nicht nur der GRÜNEN, aber in diesem Fall ist es ein wesentlicher Punkt.

Wenn ich mir dann anschau - vielleicht zuerst noch ein Beispiel, das mir gesagt wurde, was auch noch richtig ist - wenn man die Millionen nimmt, die für die Einweihung der Altstadt am Anfang gerechnet worden sind. Das waren drei Millionen. Allein wenn ich diese drei Millionen für die Gehaltserhöhung der städtischen Angestellten nehmen würde,

dann sähe es schon um einiges besser aus. Dann könnten wir sehr viel davon zahlen. Solche Fälle gibt es sehr viele.

Nun kommt Herr Stock und sagt, wie jedes Mal bei der Haushaltsdebatte, wir machen keine Etatanträge, und ich antworte diesem Berufspolitiker Herrn Stock wie jedes Mal: „Ja, weil ihr GRÜNEN dafür gesorgt habt, und zwar vor der CDU, vielleicht nicht persönlich, dafür gesorgt habt, dass wir den Fraktionsstatus nicht mehr haben, dass wir keine Mitgliedschaft in den Ausschüssen haben. Wir sind in den Ausschüssen nicht vertreten. Wir kriegen die Fraktionsgelder nicht für einen Apparat.“ Punkt 1, Punkt 2, Punkt 3, um das noch einmal zu sagen.

Wir haben eine Fraktion, die wirklich viele Anträge, und zwar auch gute Anträge gemacht hat. Inhaltlich, wo wir auch zu einem Teil jedenfalls voll dahinterstehen können. Wie wird es beantwortet von dir, von euch? Null. Die Linkspartei wird mit den vielen Anträgen links liegen gelassen oder rechts liegen gelassen, wie immer ihr das definieren wollt, und bei uns ist es genauso.

Es ist eine dumme Polemik. Ihr wollt einfach noch mehr Spiel-, du willst noch mehr Spielmaterial haben, weil du immer noch darüber hinweg debattieren willst, es soll nicht thematisiert werden, dass es einen Sparzwang als Konstruktion gibt, der darüber hinweg täuschen soll, dass wir in Frankfurt genügend Geld hätten. Wenn wir das machen, wenn wir den Spielraum, den uns die Gesetze bieten, wirklich die Gewinne der Kapitaleseite abschöpfen würden! Das tun wir in keinem Sektor. Das tun wir auch im Wohnungsbereich nicht vollständig. Um gerecht zu sein, das hat sich unter Stadtrat Mike Josef etwas verbessert. Aber wir sind noch weit von den Möglichkeiten entfernt, die wir dort ausschöpfen könnten. Das ist die allgemeine Handlungspraktik. Ihr schweigt darüber, dass ihr der einen Seite gebt und dass ihr den Lohnabhängigen, den Menschen, die angewiesen sind auf jeden Euro, dass ihr denen nichts gebt, dass ihr denen sogar wegnehmt. Darüber kann auch so ein Täuschungsmanöver von Herrn Stock nicht hinwegtäuschen. Man muss eher fragen, auch bei dem, was von Stadtrat Stefan Majer vertreten wird, Manuel Stock, man muss aufpassen, dass man nicht im Sparen so ähnlich wird.

Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertreter der
Stadtverordnetenversammlung
Ulrich Baier:**

Als Nächster hat Herr Dr. Rahn für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte!

Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:

Herr Vorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Müller, ich spreche Sie direkt an. Ihr Vergleich mit dem Panzer und Haubitzenexport ist völlig daneben. Wir sind gegen Rüstungsexporte in Krisenländer. Ich persönlich bin prinzipiell gegen Rüstungsexporte. Ich habe das von dieser Stelle schon verkündet. Da haben Sie noch im Sandkasten gespielt.

(Beifall)

Zweitens, Sie sagten, wir sind für die Evaluation der Integration. Das ist falsch. Das haben wir weder geschrieben noch habe ich das gesagt. Es ging um die Evaluation von konkreten Maßnahmen, die auf die Integration konkret abzielen, um die Sprachkurse. Das ist etwas, was gar nicht ungewöhnlich ist. Was Sie vielleicht noch aus Ihrer Schulzeit kennen. Ich weiß es nicht, aber ich kenne es noch aus meiner Schulzeit. Da hat man am Ende des Jahres ein Zeugnis bekommen. Das war ein DIN A4-Blatt und da standen Noten drauf. Das ist eine Evaluation. Es gibt ein Lernziel. Wer es erreicht hat, der hat eine gute Note bekommen. Ich habe fast immer nur Einsen und Zweier gehabt.

(Beifall, Zurufe)

Ausgenommen.

(Zurufe)

Ausgenommen.

(Heiterkeit)